Platzabbeck

Nr. 7, 24. September 2018

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Freier Eintritt für die ständigen Ausstellungen in städtischen Museen

Bisher gibt es den so genannten KölnTag für die städtischen Museen. Nur an diesem Tag dürfen Kölner*innen kostenfrei in die ständigen Ausstellungen. DIE LINKE wird in der kommenden Ratssitzung, am 27.09.2018, zusammen mit der SPD und der Ratsgruppe BUNT beantragen, auf diesen Eintritt (zunächst) ein Jahr zu verzichten.

In anderen Städten wie zum Beispiel Berlin, Duisburg oder Essen verzichtet man schon seit längerem auf diese Eintrittsgelder. Viele der Exponate der ständigen Ausstellungen wurden durch Steuermittel erworben, und damit finanziert von allen. In Großbritannien sind sogar alle Museen der öffentlichen Hand kostenfrei.

Alle Eintrittsgelder aller städtischen Museen (ohne Differenzierung zwischen ständiger Ausstellung, Sonderausstellung oder Kombiticket) liegen bei rund 4,2 Millionen Euro. Der Ausfall durch den Wegfall der Eintrittsgelder für die Dauerausstellung dürfte weit darunter liegen. Gedeckt werden kann diese Mindereinnahme locker über die Kulturförderabgabe, die zuletzt 10,7 Millionen eingebracht hat, aber nur mit 7 Millionen im Haushalt veranschlagt ist. Diese Differenz ist mehr als ausreichend zur Deckung.

Wir möchten auch von der Verwaltung wissen ob das hippe Prinzip „Zahl, was es Dir wert ist“ verwirklicht werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf diese Weise mehr Menschen und vor allen Dingen die Jugend und die Ärmeren für die Museen begeistern können. Ähnlich wie bei der Stadtbibliothek könnten so die Museen zu Treffpunkten und Lernorten, also zu echten Bildungseinrichtungen werden.

Nachdem das eintrittsfreie Jahr qualitativ begleitet und untersucht wurde, werden wir entscheiden können, ob wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. DIE LINKE ist der Überzeugung, wenn wir über gerechte Teilhabe sprechen, ist das der richtige Weg.

Gisela Stahlhofen

Statt autoritäre Führer

Menschenrechte, Demokratie und Frieden!

Am Samstag, den 29. September wird der türkische Staatspräsident Erdogan Köln besuchen. Weder die Kölnerinnen und Kölner, weder der Stadtrat noch die Oberbürgermeisterin haben Staatspräsident Erdogan nach Köln eingeladen. Warum auch?

Wir wollen keinen Despoten und keine autoritären Führer in unserer Stadt. Wir sind eine bunte, friedliche und solidarische Stadtgesellschaft, in der die Menschenwürde geachtet wird. Wir protestieren

- dagegen, dass die Bundesregierung einem Staatspräsidenten den roten Teppich ausrollt, der Krieg führt, die Menschenrechte mit Füssen tritt und in unserem Land Zwietracht säht.
- dagegen, dass deutsche Waffen und deutsches Geld die Herrschaft dieses Despoten stützen.
- gegen den Krieg Erdogans gegen die Kurden, gegen den Irak und Syrien!
- gegen die Festnahme des Kölner Journalisten Adil Demirci, stellvertretend für die zehntausenden politischen Gefangenen in der Türkei!
- gegen den Flüchtlingsdeal, der Flüchtlinge in riesige Lager einpfercht und eine Flucht nach Deutschland verhindert.

Wir wollen keine Herrscher in unserer Stadt, die Konflikte und Hass schüren statt das Miteinander zu bestärken. Seit vielen Jahren setzt sich die Stadtgesellschaft für ein offenes Leben und für Religionsfreiheit ein und wendet sich gegen Antisemitismus.

Waren es nicht gerade die Demokraten in dieser Stadt, die die Freiheit mit dem Bau der Moschee gegen rechtsextreme Angriffe verteidigt haben? Jetzt wird die Moschee von einem autoritären, rechten Despoten eingeweiht. Wie widersinnig!

Gemeinsam haben wir mit vielen Menschen türkischer und kurdischer Herkunft in unserem Land immer wieder demokratische Rechte verteidigt und gelebt. Seit Jahrzehnten wählen wir gemeinsam in den Betrieben Personal- und Betriebsräte. Ein solches demokratischen Miteinander müssen wir ausweiten und verbessern!

Foto: Hans-Dieter Hey / r-mediabase.de

Nur gemeinsam sind wir Köln in einer Welt der Vielfalt! Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden können wir gemeinsam verteidigen.

Schade, dass die Kölner Stadtgesellschaft keine gemeinsame, geschlossene Protestaktion organisiert, sondern diese weitgehend den kurdischen und türkischen demokratischen Kräften überlässt.

Beteiligt Euch an den Demonstrationen und Kundgebungen der linken, demokratischen Organisationen.

Jörg Detjen

Köln zeigt Haltung!

12.000 Kölnerinnen und Kölner beteiligten sich an der Demonstration „Köln zeigt Haltung!

Die Demonstration war ein tolles Zeichen gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland und für eine humane Politik für Geflüchtete. Ein breites Bündnis hatte dazu mobilisiert, das natürlich auch der Kreisverband, die Ratsfraktion und der Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald unterstützte.

Viele junge Kölnerinnen und Kölner waren mit ihren Kindern gekommen. Kirchenvertreter und Rednerinnen und Redner aus den Willkommensinitiativen gestalteten das Programm. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Sprecher des Kölner Runden Tisches für Integration: „Immer mehr Waffen verkaufen, Konflikte schüren und dann die Menschen, die Opfer solcher Politik sind, von Europa fernhalten – das geht gar nicht!".

Claus-Ulrich Prölß, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrats, geißelte Horst Seehofers rechtspopulistische Zündelei und warnt vor den Gefahren für dieses Land: „Der Vater aller Probleme, Herr Seehofer, sind aber sie, ein Bundesinnenminister, der Verständnis für die Nazis, AfD'ler und Pegida-Anhänger in Chemnitz hat, der den Schutz von Flüchtlingen verweigert und den Rechtsstaat aushebelt, wo er nur kann, der ein Meister der Ausgrenzung ist und der das Land spaltet! Nicht nur einzelne Personen, nicht nur Nazis und ‚besorgte Bürger', die in Wahrheit nicht besorgt sind, sondern enthemmt, rassistisch und demokratiefeindlich, nicht nur sie greifen Rechtsstaat und Freiheitsrechte an, der Angriff kommt auch von innen und er kommt aus einer ‚Mitte', die keine ‚Mitte' ist, sondern nur so tut!"

Eine sehr bewegende Rede hielt Maura Rafett von der Bewegung Seebrücke auf der Haupttribüne, die eine Wende in der Flüchtlingspolitik forderte und die Kölner Oberbürgermeisterin aufforderte, ihren Worten zur Aufnahme von in Not geratenen Flüchtenden Taten folgen zu lassen. Sie beendete ihre Rede mit den Worten. „Leben retten ist kein Verbrechen – Sterben lassen schon".

Zuvor hatten die Oberbürgermeisterin Reker deutlich gemacht, dass Köln gut ausgebildete Arbeitskräfte brauche und deshalb sei ein Einwanderungsgesetz nötig. Sie kritisierte zwar das Sterben im Mittelmeer, aber konkrete Vorschläge, was Köln für Geflüchtet konkret machen könnte, fehlten.

Jörg Detjen

Der Kampf um menschenwürdige Pflege geht weiter

Am 17.08.2018 war der Aktionsbus der Bundestagsfraktion der LINKEN zum Thema „Pflegenotstand" auch zu Gast in Köln. Auf dem Wiener Platz, in Köln-Mülheim, verteilten Genossinnen und Genossen – nicht nur des AK Gesundheit und Inklusion – Flyer zum Thema und kamen mit Passant*innen ins Gespräch.

Die meisten von uns kennen aus eigener Erfahrung die personelle Situation in den Krankenhäusern. Geschlossene Stationen und gefährliche Pflege aufgrund des massiven Personalmangels. Schlechte Arbeitsbedingungen für die Pflegenden, so dass diese selbst krank werden. Sanierungsbedürftige, in die Jahre gekommene Krankenhäuser, da das Land seinen Finanzierungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Auch vor Köln macht der Pflegenotstand nicht halt. Uschi Röhrig, für DIE LINKE im Gesundheitsausschuss der Stadt Köln und langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Städtischen Kliniken, Nadine Mai, Mitbegründerin der Initiative „Pflege am Limit", Günther Szameit, langjähriger Genosse und Bewohner eines Seniorenheims und Beate Hane-Knoll, Krankenschwester und Vertreterin der LINKEN im Gesundheitsausschuss der Stadt Köln beleuchteten in kurzen Redebeiträgen verschiedene Aspekte, die über Jahre zum Pflegenotstand führten und deren Auswirkungen auf die Patient*innen.

Sehr beeindruckend war die hölzerne Konstruktion einer sechsarmigen riesigen Krankenschwester. Sie symbolisierte die starke Arbeitsverdichtung, der sich die Pflege in den Krankenhäusern ausgesetzt sieht.

Es wird von ca. 100.000 fehlenden Stellen in der Pflege in ganz Deutschland ausgegangen. Der Pflegeberuf ist nicht attraktiv, die theoretisch gute Ausbildung krankt an den Mängeln im praktischen Teil. Hier fehlt es massiv an freigestellten Praxisanleiter*innen.

Pflegende bleiben nach ihrer Ausbildung nicht lange im Beruf. Grund hierfür sind die schlechten Arbeitsbedingungen. Ein hoher Prozentanteil der in der Pflege Tätigen gibt an, nicht bis zur Rente in ihrem Beruf arbeiten zu können. Eine Wall of Shame thematisierte die dramatische Situation und gebrochene Wahlversprechen der Bundesregierung.

Schon seit langen fordert DIE LINKE genau wie die Gewerkschaft ver.di eine gesetzliche Personalbemessung. Die Fallpauschalen gehören abgeschafft, denn sie berücksichtigen in keiner Weise den Pflegeaufwand. Nur eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser kann verhindern, dass auf dem Rücken der Beschäftigten gespart wird und immer mehr Krankenhäuser privatisiert oder geschlossen werden.

Ein Video der Aktion ist unter www.dielinke-koeln.de zu sehen.

Beate Hane-Knoll

Aus den Bezirken

Rodenkirchen

Pilotprojekt „Brötchentarif“ im Stadtbezirk?

Gegen die Stimmen der CDU wurde in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen ein „Brötchen-Tarif“ bei der KVB beschlossen. In den PLZ-Gebieten 50997 und 50969, also in 7 Stadtteilen des Bezirks, soll man innerhalb seines Stadtteils probeweise kostenlos mit Bus und Bahn fahren können. Der Personalausweis wird zum Fahrausweis.

Den ursprünglichen Antrag stellten die Grünen. Sie übernahmen einen Änderungsantrag von SPD und DIE LINKE, der u. a. auch die Hinzunahme des PLZ-Gebietes 50969 (Zollstock) vorschlug.

Letzteres war mir sehr wichtig, da Zollstock einer der größten Stadtteile im Bezirk mit einem hohen Senioren-Anteil ist. Hier sind die Arztpraxen und Ärzte-Zentren weit auseinander gefächert. Viele ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen kommen tatsächlich nur mit Bus und Bahn zu ihren Ärzten. Und wenn man dann noch eine geringe Rente hat oder sonst wie finanziell nicht gut aufgestellt ist, können durchaus mal Kosten entstehen, die für den Einzelnen bedeutsam sein können. Hinzu kommt auch, dass Zollstock zahlreiche Möglichkeiten bietet, Geschäfte und Veranstaltungsorte des Stadtteils mit dem ÖPNV zu erreichen.

Ich bin zwar ein Verfechter für den kostenlosen ÖPNV in ganz Köln, aber ich denke, dass der Antrag ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Einzig der Rat und die KVB könnten sich jetzt noch querstellen. Vielleicht geht von diesem Antrag auch ein Impuls aus. Das wäre zu hoffen.

Berthold Bronisz

Der ungekürzte Artikel unter www.berthold-bronisz.de

Ehrenfeld

Ankunft mit etwas Verspätung...

Es ist geschafft. Endlich! Fünfzig Jahre hat es gedauert, bis das Stadtteilzentrum von Bocklemünd/Mengenich einen Stadtbahnanschluss bekommen hat. Am Samstag, den 25. August 2018 gegen 13 Uhr 45 war es endlich soweit, und die erste Bahn der KVB rollte festlich geschmückt in die neue Endhaltstelle Görlinger-Zentrum.

Die Grundsteinlegung für den neuen Stadtteil Bocklemünd/Mengenich fand 1967 statt. Damalige Planungen sahen einen Stadtbahnverlauf durch den heutigen Grünzug entlang des Ollerhauerrings vor.

Ratsmitglied Jörg Detjen und Bezirksvertreter Christoph Besser gehörten zu den ersten Fahrgästen.

Nachdem diese Planungen in den 1990ern aufgrund des Widerstands der Bürger*innen eingestellt wurden und sich eine unterirdische Variante als zu kostspielig herausstellte, begannen 2009 die Planungen für die jetzige Trasse. Von der neuen barrierefreien Haltestelle profitieren fast 6.000 Menschen. In Bocklemünd/Mengenich leben viele Familien mit Kindern und alte Menschen. Alle haben jetzt einen kürzeren Weg. Lange genug hat es ja gedauert.

ChB

Ehrenfeld

Kaum dazu gelernt

Nach der Einrichtung der ersten Kölner Gesamtschulen in den 1970er Jahren kümmerten sich Verwaltung und Politik über dreißig Jahre lang nicht um die auch schon damals notwendige Weiterentwicklung dieses neuen Schultyps. Erst jetzt, im aktuell laufenden Jahrzehnt, wuchs die Erkenntnis, dass man da wohl etwas tun müsse.

Bis dahin hatte sich eine ständig zunehmende Elternnachfrage nach Gesamtschulen für die Kinder entwickelt. Erst Anfang des laufenden Jahrzehnts gab die Stadt Köln das eigentlich längst bekannte Fehlen von mindestens sieben solcher neuer Schulen offen zu. Jährlich wurde so hunderten Kölner Kindern dieser Weg verwehrt. In 2018 wurden fast 1000 Kinder abgewiesen und damit in ungewollte, meist ungeeignete Schulformen gedrängt.

Derweil erfreuten sich die Kölner Gymnasien stets höchster offizieller Beliebtheit. Nie mussten dort angemeldete Kinder abgewiesen werden. Und sämtliche Wünsche der Gymnasien wurden jeweils prompt erfüllt. Der Ausbau des Gesamtschulnetzes ging dagegen in nur zögerlichstem Ausmaß und mit schlechten Mitteln vonstatten – in Dependancen geteilte Schulen, erweiterte und damit überfüllte Schulgebäude. Bei dieser trägen Entwicklung stieg die Anzahl der in Köln fehlenden Gesamtschulen inzwischen auf neun bis zehn.

Da rieb man sich verwundert die Augen, als die Schulverwaltung jetzt ankündigte, dass in Ossendorf ein neues Gymnasium eingerichtet werden solle. Begründet wurde das mit der in einigen Jahren bevorstehenden Rückkehr der Gymnasien auf das dreizehnte Schuljahr, also G 9. Es sieht so aus, als wolle man in der Stadt den jährlichen Skandal zunehmender Abweisungen an den Gesamtschulen wissentlich in Kauf nehmen, um nur ja nicht in ferner Zukunft Mängel an den Gymnasien entstehen zu lassen. So wird also in der Kölner Schulverwaltung weiterhin das Gymnasium als die vermeintliche „Königsklasse“ des Bildungswesens nach Kräften hofiert, während bei den Gesamtschulen dringendste Notwendigkeiten nur in homöopathischen Dosen angegangen werden.

Nun handelt es sich bei diesem neuen Plan für Ossendorf nicht nur um eine bildungs- und sozialpolitische Unmöglichkeit. Man hat offenbar nicht einmal das entscheidende Zahlenwerk richtig verstanden:

Während nämlich an den für Ossendorf zuständigen Ehrenfelder Gesamtschulen in diesem Jahr 135 Kinder abgewiesen wurden, waren es bei den Gymnasien nur 15. Da fehlen Gesamtschulen für sieben Klassen, also eine volle neue Schule. Dabei konnten die 15 in Ossendorf abgewiesenen Kinder ohne weiteres in benachbarten Schulen aufgenommen werden.

Es gibt also keinerlei sachliche Begründung für den Bau einen neuen Gymnasiums in Ossendorf – sehr wohl aber den akuten und dringenden Bedarf am unverzüglichen Planungs- und Baubeginn für eine neue Gesamtschule dort, wie eben auch weitere 7 – 9 im restlichen Stadtgebiet.

Der G9-bedingte Bedarf zusätzlicher Klassen für Kölner Gymnasien hingegen wird erst etwa 2014 akut. Er kann bis dahin – vor allem aber in Bezug auf neue Gesamtschulen – in den kommenden Jahren ohne unmittelbare Zeitnot angegangen werden.

Umgehend aber muss die Schulverwaltung ihren akuten Fehler für Ossendorf korrigieren und daraus lernen!

Oswald Pannes

Aus den Ausschüssen

Bau

Kalkberg-Deponie bleibt die Mutter aller Kölner Skandale

Explodierte Kosten von 17 Millionen Euro für die Deponiesanierung, ein unter ungeklärten Umständen vorgenommener Gutachterwechsel, eine von der BI Kalkberg stark kritisierte, weil möglicherweise aus Kostengründen verengte Sanierungsstrategie unter dem neuen Gutachterbüro: Der Kalkberg bleibt eines der stark umstrittenen Projekte der Stadt. Offen ist zudem immer noch, ob das externe Gutachten für 300.000 Euro, mit dem Alternativstandorte untersucht werden sollen, nicht letztlich zu einem Revival der Hubschrauberstation auf dem Kalkberg führt. Denn die CDU-Ratsfraktion hat kürzlich darauf hingewiesen, dass die Kosten von 15,4 Millionen Euro, die für die weitgehend fertig gebaute Station auf der Deponie bezahlt wurden, ein starkes Argument dafür sind, sie nun auch in Betrieb zu nehmen. Und was sind nach CDU-Sicht im Rat die entschiedenen Gegner der Hubschrauberstation: „Populisten".

Doch die Sanierungsarbeiten verlaufen nicht glatt. Der trockene Sommer hat bei den „Aushub-, Verdichtungs- und Transportarbeiten" (so die PM der Stadt) am Kalkberg eine Menge Staub entstehen lassen, der die Anwohner*innen alarmierte. Öffneten sie ihre Fenster, setzte sich dieser auf den Möbeln ab, berichteten sie der Presse, nicht der Stadt. Wegen Gesundheitsgefährdung gingen bei der Staatsanwaltschaft Klagen ein, die zu Ermittlungen führten, die bis heute andauern. Bürgerbeteiligung über die Gerichte.

Es ist unverständlich, warum Stadtverwaltung und die für die Hubschrauberstation verantwortliche Feuerwehr dem Problem der Staubentwicklung nicht mehr Aufmerksamkeit schenkte. Denn schon der 2015 engagierte, renommierte Haldenspezialist Professor Benner hatte in seinem Gutachten vor Blei und Arsen an der Oberfläche der Deponie gewarnt, die bei Staubverwehungen die Gesundheit der Anwohner*innen gefährden können. In früheren Zeiten war die Sondermülldeponie der Chemischen Fabriken Kalk völlig unfachmännisch angelegt worden. Im Zuge der Arbeiten ab 2015 wurden dann zudem Sträucher und Rasen entfernt, die bis dahin eine Bildung von Staubwolken verhindert hatten.

Regelmäßig war den Ratsmitgliedern und den Anwohner*innen in den letzten Jahren von der Verwaltung versichert worden, dass die Oberfläche des Kalkbergs in der warmen Jahreszeit ausreichend befeuchtet würde. Jedoch argumentierte sie in diesem Jahr - nach den Anwohnerbeschwerden - damit, diese Befeuchtung sei nur in gefährlichen, Giftstoffe aufweisenden Bereichen des Bergs nötig gewesen - in den anderen aber nicht.

Die Bodenproben aus dem benachbarten Buchforst, die die Stadt schließlich untersuchen ließ, scheinen tatsächlich darauf hinzuweisen, dass die Anwohner*innen nicht durch erhöhte Werte von Blei und Arsen gefährdet worden sind. Das Gutachten wurde am 11.9. auf der Webseite der Stadt eingestellt. Dennoch ist nicht zu verstehen, dass nicht zur Beruhigung der im weiteren Umfeld der Deponie lebenden Menschen alle, auch die angeblich ungiftigen Teile des Kalkbergs ausreichend befeuchtet wurden. Denn auch ohne die Serie von Pannen und Skandalen, die den Kalkberg begleitet, muss man als Anwohner*in schon ausgesprochen autoritätsgläubig sein, um bei deutlich sichtbaren Staubverwehungen vom Berg her völlig sorglos zu bleiben und sich zu sagen, dass die Behörden schon wüssten, was sie tun.

Hinzu kommt im Nachgang, dass die Verwaltung trotz Nachfrage der Linksfraktion dem Gesundheits- und dem Bauausschuss in den ersten Sitzungen nach der Sommerpause keinen Bericht über Ereignisse, mögliche Versäumnisse und spätere Untersuchungsergebnisse erstattete. Die Rechtsanwälte rieten davon ab, da die Staatsanwaltschaft ermittelte. Wir haben dies als zu einfach kritisiert und gefordert, dass im Umweltausschuss ein Bericht gehalten wird. Zugleich werden wir eine ausführliche Anfrage stellen.

Heiner Kockerbeck

Schule/Jugendhilfe

Schulsozialarbeit nach Bedarf aufstocken

SPD und BUNT beantragten zur letzten Sitzung, in jeder Schule künftig einen Schulsozialarbeiter oder Schulsozialarbeiterin einzusetzen. Durch einen LINKEN Änderungsantrag wollten wir einen handwerklichen Fehler ausbügeln und garantieren, dass dadurch keine Schule Schulsozialarbeit verlöre, denn an einigen Schulen sind zwei oder mehr Vollzeitstellen installiert. Außerdem wollten wir in einem zweiten Schritt ein Verfahren entwickeln, dass Schulen mit mehr Stellen versorgt, die in ihrer pädagogischen Arbeit vor besondere Aufgaben gestellt sind. So sollten diejenigen Schulen mit einer weiteren Stelle für Sozialarbeit ausgestattet und damit bevorzugt werden, die eine vergleichsweise hohe Zahl sozial benachteiligter Schüler*innen unterrichten, inklusiven Unterricht praktizieren und/oder viele neu zugewanderte Kinder und Jugendliche integrieren. Alle Gesamtschulen arbeiten arbeiten inklusiv und haben internationale Klassen. Aber auch Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen mehr Sozialarbeiter*innen. Darüber hinaus wollte DIE LINKE, dass die Größe der Schule ebenfalls eine Rolle spielt. Denn eine Grundschule mit 200 Schüler/innen und eine Gesamtschule mit 1500 Schüler/innen haben natürlich unterschiedliche Bedarfe. SPD und BUNT haben unseren Änderungsantrag übernommen. Doch im Jugendhilfeausschuss stimmten CDU, Grüne und FDP dagegen, weshalb der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit erreichte.

Heiner Kockerbeck,
Dr. Carolin Butterwegge

Soziales und Senioren

Obdachlosigkeit – Probleme bleiben bestehen

Die Stadt hält viele Angebote für Obdachlose bereit. Trotzdem erreichen diese Hilfen eine große Zahl an Menschen nicht, weil sie an deren Bedürfnissen vorbei gehen. Das ergab die Antwort auf zwei Anfragen der LINKEN im Sozialausschuss

So gibt es allein für weibliche Obdachlose mit Hunden ein Regelangebot, in das die Halterinnen ihre Hunde mitbringen dürfen. Von männlichen Obdachlosen wird verlangt, dass sie ihre Hunde über Nacht im Tierheim abgeben. Dazu existieren Rahmenverträge der Stadt mit Tierheimen. Doch die meisten obdachlosen Menschen sind heillos überfordert damit, das zu organisieren und die erforderlichen Wege zurückzulegen. Emotional sind sie nicht in der Lage das Tier über Nacht zurückzulassen. Oft betrachten sie es als ihren einzigen Freund und können sich deswegen nicht von ihm trennen. Folgerichtig übernachten die meisten Hundebesitzer auf der Straße und bleiben Hilfeeinrichtungen fern.

Dieses Problem ist bekannt. Allerdings scheint es keine Überlegungen zu geben, hier neue Wege einzuschlagen, und so vielleicht die Obdachlosen mit Hunden zu erreichen. Auch fehlende Angebote für obdachlose Jugendliche werden einfach hingenommen. Es gibt keine Notschlafstelle, die den besonderen Bedürfnissen von jungen Menschen bis 25 Jahren entspricht. Gleichzeitig räumt die Verwaltung ein, dass viele betreute Jugendliche mit 18 Jahren aus dem System entlassen werden und damit auf sich allein gestellt sind. Gleichzeitig ist der Markt für preiswerte Wohnungen leergefegt. Aber die Tatsache, dass sie keine Wohnung finden, ist kein Grund, sie noch länger durch Jugendhilfe zu unterstützen. Finden sie keine Wohnung, ist Obdachlosigkeit vorprogrammiert, erst versteckt, dann immer verfestigter.

DIE LINKE meint, das kann kein Zustand sein! Auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind, dürfen wie uns mit diesen Zuständen nicht abfinden. Zusammen mit vielen Akteuren der Wohnungslosenhilfe werden wir in nächster Zeit Ideen dazu entwickeln.

Jörg Detjen, Andrea Kostolnik

Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Gut integriert – trotzdem abgeschoben

Die Innenminister von Bund und Land geben sich gerne markig, konsequent und durchsetzungsstark, wenn es um die Inszenierung von Abschiebungen geht. Dabei tun sie so, als ginge es hier ausschließlich um gefährliche, gewaltbereite Straftäter. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Abgeschoben werden die, die man leicht erreichen kann: Weil sie einen festen Arbeitsplatz oder Ausbildungsstelle haben, an der sie regelmäßig anzutreffen sind oder weil sie eine/n Ehepartner und/oder Kinder haben und deswegen nicht untertauchen werden. Der Fraktion ist ein Fall bekannt, in dem ein mit einer Deutschen verheirateter Mann auf dem Ausländeramt erschien, um seine Duldung zu verlängern und abgeschoben wurde.

Die nackten Zahlen von Abgeschobenen nach Staatsangehörigkeit, die die Verwaltung regelmäßig veröffentlicht, sagt leider nichts über diese Schicksale aus. Deswegen fragt DIE LINKE nach den Abgeschobenen mit Arbeitsstelle oder Kindern. Wir möchten wissen, wie viele Menschen trotz deutschem Ehepartner lediglich eine Duldung bekommen. Ebenfalls wichtig ist uns die Zahl derjenigen, die trotz vorhandener Stelle keine Erlaubnis bekommen haben, eine Ausbildung oder Arbeit aufzunehmen. Schließlich möchten wir wissen, welche Abgeschobenen aus Köln tatsächlich Straftäter waren und für welche Delikte sie bestraft wurden. Auf die Antworten darf man gespannt sein. Mehr dazu in einem der nächsten Platzjabbecks.

Güldane Tokyürek

Mit einem orangefarbenen Bus mit der Aufschrift „Stoppt den übergriffigen Sexunterricht! Schützt unsere Kinder!“ haben am 10. September sogenannte Lebensschützer in Köln gegen die Gleichstellung aller Lebensweisen gehetzt. Die paar Mitreisenden des Busses wurden am Montag Mittag von ca. 600 Gegendemonstrationen empfangen. *Foto: Jürgen Helten*

Verkehr

Aus der verkehrspolitischen Steinzeit

Laut Presseberichten will ein Bündnis aus CDU, SPD und FDP zur kommenden Jahreswende auf der Ost-West-Achse den Bau eines Tunnels beschließen. Leider haben die Grünen aus Koalitionsdisziplin über Monate herumlaviert und es verpasst, sich in der Stadtgesellschaft für eine oberirdische Gestaltung einzusetzen. Kommt die U-Bahn, dann ist das politische Konzept der Grünen gescheitert.

Wenn es zu einem Tunnelbau kommt, werden Geld und Personal auf viele Jahre gebunden. Der ÖPNV in den Außenbezirken und der Radverkehr bleiben auf der Strecke.

Nach wie vor hängen CDU, SPD und FDP am Auto. Durch den Tunnel wird Platz an der Oberfläche geschaffen, um dem Auto Raum zu gewähren. Genau das aber will die Bevölkerung in Köln nicht: Die Bürgerbeteiligung im Frühjahr hat eindeutig den Wunsch ergeben, den Autoverkehr auf der Ost-West-Achse deutlich zu reduzieren.

Weder Kapazität noch Fahrzeiten verbessern sich im Tunnel gegenüber der oberirdischen Ertüchtigung der Ost-West-Achse. Deswegen ist das Tunnelprojekt aus ÖPNV-Sicht absolut sinnlos.

CDU, SPD und FDP sind auf die Macht der schönen Bilder von der künftigen Trassengestaltung hereingefallen. Offenbar haben sich CDU, SPD und FDP von den Architektenzeichnungen betören lassen, in denen die Tunnelmünder kaum zu erkennen sind und Autos nur als durchscheinende Schemen vorkommen. In der Realität bedeutet der angestrebte Tunnel aber eine Betonrampe von 80 bis 100 m auf dem Heumarkt, auf der Aachener Straße und auf der Zülpicher Straße. Für die angrenzenden Viertel ist das eine städtebauliche Katastrophe.

Michael Weisenstein

Jugendhilfe

Benachteiligte Stadtteile brauchen mehr Jugendeinrichtungen!

In Köln fehlen Jugendeinrichtungen. Die Verwaltung hat eine Prioritätenliste vorgelegt, in welchen Stadtteilen Jugendeinrichtungen fehlen, und welche Stadtteile zuerst versorgt werden sollten. DIE LINKE ist mit der Prioritätensetzung nicht einverstanden und hat einen eigenen Vorschlag vorgelegt. In der Verwaltungsliste wurden soziale Kriterien nur zu 30 % berücksichtigt. Das ist viel zu wenig! Im Vorschlag der LINKEN ist zur Hälfte die SGB II-Quote im Stadtteil ausschlaggebend. Das meint den Anteil von Menschen, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen. Als neues Kriterium wollen wir die Quote von straffällig gewordenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einbeziehen.

Dort, wo viele arme Menschen mit schlechten Lebensperspektiven wohnen, gibt es auch mehr straffällig gewordene junge Menschen, die gute Betreuung und Förderung brauchen. Doch gerade die müssen wir frühzeitig mit Sozialarbeit erreichen. Denn arme Kinder und Jugendliche nutzen Jugendeinrichtungen deutlich häufiger als Kinder aus Familien oberhalb der Armutsschwelle. Diese Kinder leben oft in ausreichend großen Wohnungen und treffen sich eher mit Freunden daheim. Sie haben genügend Taschengeld, um Freizeitaktivitäten zu nutzen, die Geld kosten.

Außerdem wollten wir in unserem Antrag beschließen, dass Jugendeinrichtungen künftig eine ausreichende Regelfinanzierung erhalten. Nur so kann gutes und erfahrenes Personal gehalten werden. Häufig müssen sich Pädagogen dauernd neue Projekte ausdenken, um über diese Mittel den Betrieb der Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Mit diesem Wahnsinn muss endlich Schluss sein! Die regelmäßige pädagogische Arbeit ist das Fundament, um benachteiligte Jugendliche aufzufangen. Darin muss die Arbeit der Pädagogen bestehen, nicht im Anträge schreiben!

Die Fraktion hat zum letzten Jugendhilfeausschuss einen Antrag mit diesen beiden Beschlusspunkten vorgelegt, den die anderen Parteien abgelehnt haben.

Dr. Carolin Butterwegge, Franco Clemens

Sozialausschuss gegen Zweckentfremdung von Wohnraum

Private Zimmervermietung und Vermittlung entziehen der Stadt Wohnraum in erheblichem Umfang. Denn jede Wohnung, die über Airbnb und andere ominöse Anbieter tageweise vermietet wird, steht für Wohnungssuchende, Obdachlose oder Geflüchtete nicht mehr zur Verfügung und verschärft die angespannte Situation in Köln und anderen Städten unmittelbar. Das ist jetzt keine neue Erkenntnis. Nachdem aber der WDR im Sommer aufgedeckt hat, wie ein Luxemburger Immobilienfonds über Umwege im großen Stil Studierenden-Wohnungen in Köln als Ferienwohnungen vermarktet, schlägt die allgemeine Empörung hohe Wellen. Prompt haben sich CDU und Grüne an die Spitze der Bewegung gegen Zweckentfremdung gestellt und eine aktuelle Stunde im Sozialausschuss beantragt.

DIE LINKE erinnerte im Ausschuss daran, dass sie bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen hatte, dass die beiden hauptamtlichen Außendienstmitarbeiter beim Wohnungsamt nicht ausreichen werden, der zunehmenden Umwandlung von Wohnraum in Touristen-Appartments adäquat entgegen zu treten. Während Berlin mit damals 64 vollzeitäquivalenten Stellen einen sehr offensiven Kurs eingeschlagen hatte, beschäftigten Hamburg (20) und München (15) zumindest ausreichend Mitarbeiter. Die haushaltstragenden Fraktionen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die mahnenden Hinweise der LINKEN ignoriert zu haben, weshalb seitdem wieder viel Wohnraum verloren gegangen ist. Die Analyse der Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung vom September 2017 ist im Internet nachzulesen: https://die-linke-koeln.de/immer-mehr-wohnraum-wird-zweckentfremdet/

Mit eben dieser Wohnraumschutzsatzung besitzt die Stadt Köln seit 2014 ein effektives Instrument, um Zweckentfremdung zu unterbinden. Es nutzt jedoch die beste Vorschrift nichts, wenn niemand da ist, sie durchzusetzen. Diese Erkenntnis hat zwischenzeitlich auch das Sozialdezernat erreicht, das wenige Stunden vor der Sitzung des Sozialausschusses erklärte, nunmehr weitere neun Stellen im Fachbereich Wohnungsaufsicht/Mietpreiskontrolle des Amtes für Wohnungswesen zuzusetzen. Damit wolle die Verwaltung „der wohnungswirtschaftlich schädlichen Nutzung durch illegale Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln wirksamer entgegentreten und die Wiederzuführung rechtswidrig zweckfremd genutzter Wohnungen zum allgemeinen Wohnungsmarkt intensivieren können“. Es ist davon auszugehen, dass diese Tischvorlage mutmaßlich auf Druck der LINKEN zustande gekommen ist. Diese hatte wenige Wochen zuvor einen Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht, wonach bis zu 18 zusätzliche Stellen im Wohnungsamt zu schaffen seien. Der Antrag wurde dort durchweg positiv diskutiert und in die anstehenden Haushaltsplanberatungen verwiesen.

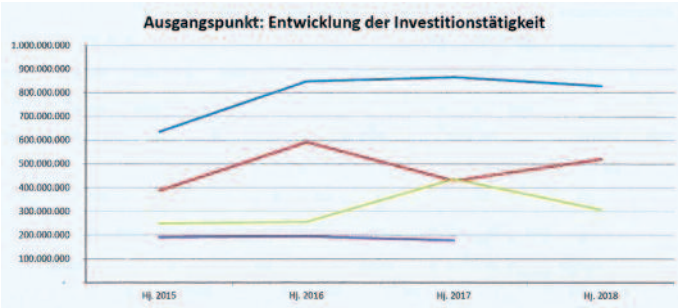
Nach emotionaler Debatte beschloss der Sozialausschuss abschließend zu prüfen, ob weitere Stellenzusetzungen nötig sind, eine städtische Informationskampagne aufzulegen und eine engere Kooperation mit Ordnungs- und Steueramt herzustellen.

Michael Scheffer

Haushalt 2019: Wohnungen, ÖPNV und Schulen

Am 8. Oktober wird der Finanzausschuss abschließend über den Haushaltsplan der Stadt Köln für 2019 beraten. Positiv am Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung ist, dass keine Kürzungen vorgesehen sind, wie dies in früheren Jahren immer wieder geschehen ist.

Auf ein zentrales Problem gibt der Haushaltsentwurf jedoch keine Antwort: Eine von der Kämmerei in Auftrag gegebene Studie stellt einen Bedarf an Investitionen in Höhe von 16 Milliarden Euro bis 2035 fest. Vor allem für Wohnen, Mobilität und Bildung müssen große Summen bereitgestellt werden, um Infrastruktur zu erweitern (vor allem im Bereich Wohnen), um Infrastruktur zu ersetzen (vor allem im Bereich Verkehr) und um teilweise schon lange notwendige Sanierungen durchzuführen (vor allem bei Schulen).



	Hj. 2015	Hj. 2016	Hj. 2017	Hj. 2018
Auszahlungsermächtigung gesamt (HPL + EÜ)	635.866.597	847.979.472	866.251.283	828.923.615
Auszahlungen-Plan (HPL)	386.936.956	592.758.257	429.138.762	521.791.203
Ermächtigungsübertragung	248.929.642	255.221.215	437.112.520	307.132.412
Auszahlungen-Ist	191.106.961	194.058.516	178.165.921	

Tatsächlich aber macht die Verwaltung das Gegenteil: Sie schraubt die Investitionen herunter. In den letzten Jahren wurden immer wieder Investitionen von einem Jahr ins nächste verschoben. Der Grund war, dass in den zuständigen Ämtern Fachpersonal fehlte, um die Planung, Projektsteuerung und Bauüberwachung bei diesen Projekten durchzuführen. Die Stadtverwaltung hat hieraus den falschen Schluss gezogen, weniger Investitionen anzugehen und setzt die Finanzmittel um etwa 150 Mio. auf dann noch 430 Mio. Euro herab. DIE LINKE ist der Ansicht, dass die Stadt stattdessen auf zusätzliches Fachpersonal setzen muss. Wir werben derzeit bei anderen Fraktionen für einen gemeinsamen Antrag zur Einstellung von Fachleuten für den dringend notwendigen Ausbau des ÖPNV.

Die Kölner Linksfraktion plant, in das Zentrum ihres Änderungsantrages („Veränderungsnachweis“) zum Haushalt 2019 das Thema Wohnen zu setzen. Der Mangel an Wohnungen und der Anstieg der Mieten sind für Menschen mit geringen und auch mittleren Einkommen eine alltägliche Katastrophe, die sich mit jedem Jahr verschlimmert. Die Prognosen weisen auf eine Verschärfung in den nächsten Jahren hin.

Zusammen mit der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen haben wir auch gesunde und soziale Verkehrsinfrastruktur im Blick (ÖPNV, Rad), die Schaffung von Kitas und Schulen und die soziale Infrastruktur.

Wie in den Vorjahren haben wir eine Anhörung zum Haushalt angesetzt, um mit vielen Vereinen und Projekten ins Gespräch zu kommen, die mit ihrem Engagement zentral für soziale und kulturelle Netzwerke sind.

Unser Veränderungsnachweis wird derzeit von unseren Arbeitskreisen erarbeitet. Wir stellen ihn in der nächsten Ausgabe des Platzjabbeck ausführlich vor.

Jörg Detjen,
Wilfried Kossen

Lindenthal

Äußerst vielfältig!

Klettenberger Park

Lindenthal ist der Stadtbezirk 3 in der Stadt Köln. Er umfasst die Stadtteile Braunsfeld, Müngersdorf, Junkersdorf, Weiden, Lövenich, Widdersdorf, Lindenthal, Sülz und Klettenberg.

In Lindenthal liegen die Universität und der Melatenfriedhof. Die Aachener Straße und die Dürener Straße im Stadtteil Lindenthal sowie die Berrenrather Straße und die Luxemburger Straße im Stadtteil Sülz gehören zu den wichtigsten und größten Straßen im Stadtbezirk, an denen viele Geschäfte, Unternehmen und Schulen liegen.

Die Eingemeindung der Stadtteile Braunsfeld, Klettenberg, Lindenthal, Müngersdorf und Sülz nach Köln erfolgte im Jahre 1988; die übrigen Stadtteile wurden im Jahre 1975 eingemeindet.

In den Stadtteilen Sülz und Klettenberg wohnen unsere meisten Mitglieder. Dort führen wir am meisten Standaktionen durch, hauptsächlich auf den Märkten Klettenberger Markt und auf dem Auerbach Platz.

Heute ist Sülz-Klettenberg ein recht bürgerlicher Teil von Köln, der jedoch auch sehr viele sozialkritische und umweltbewusste Bewohner hat, die in den letzten Jahrzehnten den Grünen außergewöhnliche Wahlergebnisse bescherten und im jetzigen Jahrzehnt unserer Partei in manchem Stimmbezirk oft zweistellige Ergebnisse einbrachten. Lange Zeit war es auch ein sicherer SPD-Bezirk, die ihn jedoch kampflos der CDU überließ.

Trotz weitgehender Gentrifizierung von Sülz-Klettenberg hat sich bis jetzt eine überraschende soziale Vielfalt erhalten, die jedoch durch die ständige Verteuerung des Wohnraums stark gefährdet ist.

Der Einfluss der Universität und der Unikliniken, die im Stadtbezirk Lindenthal liegen, auf die Stadtbezirke Lindenthal und Innenstadt ist kaum zu überschätzen. Der massive Ausbau hat unübersehbare Auswirkungen auf die beiden Stadtbezirke.

Im Stadtbezirk Lindenthal leiden und profitieren insbesondere die Stadtteile Lindenthal, Sülz und Klettenberg von dieser Entwicklung.

Die Gentrifizierung in diesen Stadtteilen läuft sehr beschleunigt ab und ist inzwischen weit fortgeschritten mit allen negativen Auswirkungen auf Mieten und Mangel an bezahlbaren Wohnungen, dem Ladensterben alteingesessener Geschäfte in der Zülpicher Straße usw.

In Sülz und Klettenberg gibt es gottseidank noch viele Genossenschafts- und GAG -Wohnungen, Vermieter, die bezahlbare Wohnungen anbieten und so einen unverzichtbaren Beitrag zu einem lebenswerten Viertel leisten.

Andererseits ging der Ausbau von Uni und Kliniken mit neuen Arbeitsplätzen einher, deren oft gut bezahlten Stelleninhaber*Innen und viele Studenten sich in diesen Vierteln ansiedeln. Das schärft häufig ökologisches und soziales Bewusstsein und führt zu sozialer Vielfalt, die diese Viertel besonders lebenswert machen.

Diese Entwicklung hat auch deutliche Auswirkung auf das Wahlverhalten der Bevölkerung. Während anfangs insbesondere die Grünen von dieser Entwicklung profitierten, erzielte mittlerweile auch DIE LINKE in diesen Bereichen zweistellige Wahlerfolge. Während im Stadtteil Lindenthal konservative Strukturen mit Hochburgen von CDU und FDP aufgebrochen wurden, sind in Sülz und Klettenberg sozialdemokratische Hochburgen förmlich geschleift worden.

Vor Wahlen und wichtigen Entscheidungen hat DIE LINKE vor Ort stets mit viel Resonanz Informations- und Aufklärungsstände auf den großen Wochenmärkten am Klettenberggürtel, auf dem Auerbachplatz und in Fußgängerzonen betrieben.

Das, was über Sülz-Klettenberg gesagt wurde, trifft in vielerlei Hinsicht auf den gesamten Bezirk Lindenthal zu, der weitgehend bürgerlich geprägt ist und heute kaum mehr produzierende Betriebe vorweisen kann und dessen Industriebrachen mittlerweile von Logistik- und Mediaunternehmen, Bürokomplexen oder teuren Eigentumswohnungen bestimmt werden.

Insgesamt ist der Bezirk äußerst vielfältig, er beherbergt sowohl Villen- als auch Arbeiterviertel, wurde und wird vor allem vom Mittelstand bestimmt, dem heute jedoch Abstiegsängste auch nicht mehr fremd sind, und der häufig auch ein ökologisches Bewusstsein hat.

Beides sind Themen, denen die arrivierten Parteien kaum mehr entsprechen, ganz im Gegensatz zu DIE LINKE, was auch zunehmend ins Bewusstsein dringt und sich bei Wahlen ausdrückt.

Lothar Müller, Maria Schu, Lorenz Wachendorf

Stadtbezirk Lindenthal in Zahlen

In den letzten Jahren ist der Stadtbezirk Lindenthal zum Stadtbezirk mit den meisten Einwohner in Köln geworden. Ende 2017 waren es 152.117 Einwohner*Innen.
Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt im Stadtbezirk bei 24,8 %. Dies ist der niedrigste Wert in Köln. (Köln gesamt 38,2 % 2017)
Auch beim Ausländeranteil liegt der Stadtbezirk mit (11,4 % 2017) deutlich unter den anderen Stadtbezirken (Köln gesamt 19,3 %).
Bei der Geburtenrate (Geburten je 1000 Einwohner*Innen) liegt der Stadtbezirk mit 11,1 % knapp über dem Kölner Durchschnittswert mit 10,9 % in 2017.
Die Quote der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung nach SGB II liegt im Stadtbezirk mit Abstand am Ende der Stadtbezirke: Stadtbezirk Lindenthal 4,3 %, Köln gesamt 13,2 % in 2017.
Mit in 2017 518 fertiggestellten Wohnungen liegt der Stadtbezirk an der Spitze von allen Bezirken (Köln gesamt kümmerliche 2138 Wohnungen in 2017).

Wahlen – Anteil DIE LINKE

Kommunalwahl	**2009**	**2014**
Stadtbezirk Lindenthal	3,2 %	5,2 %
Köln	4,8 %	7,0 %
Sülz	4,3 %	7,5 %
Klettenberg	3,8 %	7,6 %

Bundestagswahl (Zweitstimmenergebnisse)	**2009**	**2013**	**2017**
Stadtbezirk Lindenthal	5,8 %	5,7 %	9,4 %
Köln	9,0 %	8,1 %	11,5 %
Sülz	7,1 %	7,6 %	12,8 %
Klettenberg	7,1 %	7,4 %	12,4 %

Hambacher Forst muss bleiben!

Kurz vor dem Beginn der Rodungssaison spitzt sich die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst wieder zu. Dabei kam es zu ersten Räumungen unter den Waldbesetzern.

Die Ratsfraktion der Kölner LINKEN hat hierzu Stellung bezogen und fordert in einer Erklärung die Aussetzung der Rodungsarbeiten und der Räumungen bis zur Vorlage des Abschlussberichtes der Kohlekommission.

Sie begründet dies wie folgt:

Ein Großteil der vorhandenen Braunkohlekraftwerke ließe sich kurzfristig abschalten, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet würde. Das Stromnetz würde sogar stabiler werden, da in Deutschland derzeit deutlich zu viel Strom produziert und das Netz hierdurch belastet wird. Im Zuge dieser Verfahrensweise exportiert Deutschland mittlerweile netto fast 10 % seiner Stromproduktion. Dieser billig exportierte Kohlestrom ersetzt bei den Importeuren zu großen Teilen den Strom aus umweltfreundlicheren Gaskraftwerken.

Dementsprechend wäre, auch gemäß der Aussage des renommierten Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, die Kohle unter dem Hambacher Forst nicht für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich. Die Frage nach dem Kohleabbau unter dem Hambacher Forst ist also eine Frage nach einem gesellschaftlichen Konsens.

Dieser gesellschaftliche Konsens soll derzeit in der Kohlekommission erarbeitet werden. Hierbei geht es nicht nur um die Termine zum Braunkohleausstieg, sondern auch um die Frage wie wir in Deutschland, vor allem aber in den betroffenen Kohlerevieren, zukünftig arbeiten und leben wollen.

Die Rodung weiterer Teile des Forstes würde den Ergebnissen der Kommission vorgreifen und vorzeitig Fakten schaffen. Dies wäre ein Schlag ins Gesicht aller Beteiligten und würde den Zusammenhalt der Kommission gefährden.

Die Partei und auch die Fraktion der LINKEN in Köln haben dieses erkannt und unterstützen den friedlichen widerständigen Protest in und um den Hambacher Forst, fordern dabei aber auch den Kohleausstieg in Köln.

Gernot Schubert

Keine Hausflure für Rassisten: Die AfD im Kölner Wochenspiegel

Der Kölner Wochenspiegel erscheint jeden Mittwoch im Großraum Köln. Die meisten Kölner*innen kennen das kostenlose Anzeigenblatt mit Geschichten aus den Veedeln, Werbung und Veranstaltungshinweisen. In der letzten Augustausgabe war diese Werbung allerdings keineswegs harmlos: Auf der Titelseite prangte eine Werbung für die Kölner AfD, die zu einem Online-Infostand einludt. Die AfD war sozusagen das erste, was man beim Betreten des Hausflurs zu sehen bekam. Dies stieß vielen Kölner*innen übel auf. Die Rheinische Anzeigenblatt GmbH, ein Tochterunternehmen des Verlagshauses DuMont steht seither massiv unter Kritik. DIE LINKE.Köln sagt: zu Recht. Werbung für die AfD im Kölner Wochenspiegel ist aus mehreren Gründen ein Skandal.

Die AfD ist eben keine Partei wie jede andere. Sie betreibt offen Hetze gegen Geflüchtete und Migrant*innen. So will eine Beatrix von Storch „alles zu tun, um Deutschland zu retten. Den Zustrom stoppen. Die Syrer zurückbringen. (...) und unser Vaterland und unsere Kultur verteidigen." Ein André Poggenburg ist gar der Ansicht, „Deutschland gehört den Deutschen und hat den Deutschen zu gehören." Nicht zu vergessen, dass ein Alexander Gauland den Holocaust als „Vogelschiss" in der Geschichte bezeichnet. Die AfD diskriminiert mit ihrer Politik aber keineswegs „nur" Menschen nichtdeutscher Herkunft. Sie greift auch LGBT-Menschen, Behinderte, Hartz-IV- Empfänger*innen oder Alleinerziehende an. Es ist also ein großer Teil der Kölner Stadtgesellschaft betroffen. Es ist den Menschen, die aufs übelste politisch diffamiert werden, nicht zuzumuten, damit beim Betreten ihrer Wohnungen und Häuser frontal konfrontiert zu werden. Der Kölner Wochenspiegel wird flächendeckend verteilt und somit war der Zusammenstoß mit der Kölner AfD unvermeidlich. Auch Menschen, die nicht direkt von rechter Hetze betroffen sind, wollen meist nicht im Alltag davon „angesprungen" werden.

Die Anzeige im Kölner Wochenspiegel ist aber noch in anderer Hinsicht skandalös. Die AfD hat ein mehr als angespanntes Verhältnis zur Pressefreiheit. So wird die Arbeit von Journalist*innen auf AfD- Parteitagen stets behindert, es ist gar von einer „Lügenpresse" die Rede. Die deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) von ver.di Köln-Bonn-Leverkusen kritisiert die Rheinische Anzeigenblatt GmbH, für die Veröffentlichung der Anzeige massiv. DIE LINKE.Köln stimmt der Journalistinnen- und Journalisten-Union zu, dass es nicht hinnehmbar ist, wenn Verlagen Anzeigenerlöse wichtiger sind als ein klares Bekenntnis zur Pressefreiheit. Oder dazu, dass gesellschaftliche Vielfalt ein Merkmal unserer Stadt ist, das die AfD auf unerträgliche Weise angreift. Die dju forderte die Rheinische Anzeigenblatt GmbH ebenso wie die Tageszeitungen „Kölnische Rundschau" und „Kölner Stadt-Anzeiger" auf, in Zukunft auf Geschäfte mit der AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen zu verzichten. Dem schließt sich DIE LINKE.Köln uneingeschränkt an.

Köln gegen Rechts bietet mit der Aktion „Kölner Wochenspiegel – Nein Danke" eine Möglichkeit, den Unmut direkt zu äußern und sich telefonisch oder per Mail direkt bei der Redaktion zu beschweren.

Es ist wünschenswert, dass viele Menschen dies tun und der Kölner Wochenspiegel Geschäfte mit der AfD in Zukunft unterläßt. Für DIE LINKE.Köln gilt jedenfalls weiterhin: Wir zeigen klare Kante gegen Rechts. Solidarität statt Hetze!

Katharina Loeber

Gastbeitrag

10 Jahre Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Vor zehn Jahren wurde die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, kurz: ibs, ins Leben gerufen. Seither hat sich die ibs mit ihren vielfältigen Aktivitäten und Projekten zu einem anerkannten Ansprechpartner für das Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entwickelt. Man darf hier durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen.

Die Gründung der ibs

2007 wurde aus der Kölner Ratspolitik angeregt, über Bundesmittel Projekte gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum anzusiedeln. Dem Direktor des NS-DOK, Dr. Werner Jung, gelang es jedoch, die Politik davon zu überzeugen, dass auf der Basis befristeter Projektmittel keine nachhaltige Arbeit geleistet werden kann, sondern eine dauerhafte Einrichtung, zunächst mit einer Stelle ausgestattet, sinnvoll sei. Denn – so das Argument – die Herausforderung des Rechtsextremismus sei eine Daueraufgabe für eine demokratische Gesellschaft und dazu sei ein kontinuierliches und professionelles Engagement notwendig. Im Mai 2007 beschloss der Rat der Stadt Köln mit großer Stimmenmehrheit die Einrichtung der ibs mit dem Schwerpunkt der Präventions- und Vernetzungsarbeit, die dann im Januar 2008 ihre Arbeit aufnahm.

Der Ansatz der ibs

Unser Ziel war und ist es, nicht nur GEGEN rechtsextreme und rassistische Ungleichwertigkeitsvorstellungen tätig zu werden, sondern auch das Bewusstsein FÜR Menschenrechte, Demokratie und kulturelle Vielfalt zu fördern. Wir haben umfangreiche Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene entwickelt, die unterschiedliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick nehmen. Die Bildungsarbeit der ibs bietet keine Sozialtechnologie, die „falsche Gedanken" in den Köpfen durch humane Einstellungen ersetzt. Vielmehr wollen wir Lernprozesse anstoßen und Argumente bieten, die zum Nachdenken anregen. Neben der Vermittlung von Wissen über Inhalte und Strukturen der extremen Rechten motivieren wir zur Diskussion um Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft. Jugendliche und Erwachsene sollen dabei Bezüge zu ihren eigenen Erfahrungen und Wissensbeständen machen können. Workshops für Schülerinnen und Schüler stellen unser „Hauptgeschäft" dar. Darüber hinaus halten wir Vorträge und führen Seminare durch oder beteiligen uns beispielsweise an Aktionstagen. Waren es 2008 noch 78 Veranstaltungen, stieg diese Zahl bis ins Jahr 2017 auf insgesamt 273. Darin zeigt sich eindrucksvoll die große Nachfrage.

Workshop Gymnasium Düren. Foto: Barbara Kirschbaum

Mobile Beratung und andere Projekte

Seit 2008 führt die ibs das über Bundesmittel finanzierte Projekt „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln" durch. Wir beraten Organisationen und Einzelpersonen bei der Entwicklung von Strategien und Durchführung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratiebewusstsein. Beratungsnehmende sind beispielsweise zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, Gewerkschaften, religiösen Gemeinschaften, Schulen, Jugend- und Bildungseinrichtungen, Ämter und Einzelpersonen. Inzwischen ist ein Netzwerk unterschiedlichster Akteure entstanden.

Darüber hinaus haben wir noch eine Menge weiterer Aufgaben. So werden extrem rechte Materialien aus Köln und dem Umland archiviert und dokumentiert, Handreichungen und Broschüren veröffentlicht sowie ein monatlicher Newsletter erstellt. Diese Tätigkeiten sind nicht mehr mit „nur" einer Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters zu erledigen. Im Laufe der zehn Jahre wurde die Leitung der ibs ergänzt um zwei weitere aus Projektmitteln finanzierte Stellen von Mitarbeitern (je 70 %) sowie einer Reihe von Honorarkräften.

Inhaltliche Herausforderungen

Anfangs standen das Thema Islam, Moscheebaukonflikte und die Instrumentalisierung durch die extreme Rechte im Mittelpunkt. Die aus der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" hervorgegangene „Bürgerbewegung pro Köln" hatte mit der Auseinandersetzung um den (Neu)bau der Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld ein Thema gefunden, das Aufmerksamkeit versprach und mit dem man in Teilen der Bürgerschaft ankam. 2004 zog „pro Köln" mit 4,7 Prozent in den Stadtrat ein, fünf Jahre später machten sogar 5,4 Prozent ihr Kreuz bei der Rechtsaußentruppe.

Daneben gab es auch immer neonazistische Gruppen wie die 2012 verbotene Kameradschaft Köln, mit der wir uns auseinandersetzten. Mit dem Aufkommen der „Autonomen Nationalisten" ging es um die Vermittlung neuer Erscheinungsformen der extremen Rechten. Und selbstverständlich waren der NSU, der für zwei Anschläge in Köln verantwortlich war, die „Hooligans gegen Salafisten", die „Identitäre Bewegung" oder die in Köln vor allem nach den Silvesterereignissen 2015/16 auftretenden Bürgerwehren ein Thema.

2018 löste sich „pro Köln" auf. Die Mission sei erfüllt, da die Islamkritik mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sei und es eine „bundesweit erfolgreiche Alternative zum etablierten Machtkartell" gebe. Die in Rede stehende „Alternative" mobilisiert das Ressentiment „gegen die da oben" wie auch die rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Migrant/innen. Sie distanziert sich verbal vom Rechtsextremismus und spricht erfolgreich die Mitte der Gesellschaft an. Sie stellt eine der wesentlichen Herausforderungen in den kommenden Jahren dar.

Hans-Peter Killguss

Der Artikel erschien zuerst auf der Internetseite der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (www.mbr-koeln.de) und wurde für die vorliegende Ausgabe leicht gekürzt Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung.

TERMINE

Afrika Film Festival in Köln
Das Afrika Film Festival gibt es seit 1992 und feierte 2017 sein 25-jähriges Jubiläum. Das Afrika Film Festival ist nicht nur einzigartig in NRW, sondern bietet inzwischen die umfassendste Präsentation des zeitgenössischen afrikanischen Kinos in Deutschland.
www.afrikafilmfestivalkoeln.de

Di., 25. September
Mobilität in Köln
Dem Verkehr in Köln droht der Kollaps. Bei der Verkehrswende kriegt die Stadt die Kurve nicht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) diskutiert heute öffentlich, was der Nahverkehr für nachhaltige Mobilität leisten kann. Es mangelt offenkundig an Ideen. Wenn jüngst über die Perspektiven von Bus und Bahn gesprochen wurde, ging es um eine neue U-Bahn, die erst in zwanzig Jahren fahren würde.
18 Uhr, DGB-Haus.

Do., 27. September
Sitzung des Stadtrats
Der Stadtwerke-Klüngel hat die Kölner Politik ausgebremst. Wird das schwarz-grüne Bündnis wieder warm miteinander? Wie kommt die SPD um den neuen Frontmann Christian Joisten aus der Sommerpause? Auf wen kann OB Reker noch zählen? Die besten Plätze für Polit-Analysen und Küchenpsychologie gibt es auf der Zuschauertribüne des Ratssaals. Alle anderen sollten den Livestream der Stadt heute Netflix vorziehen. *Ab 15.30, Rathaus.*

Erzählcafé für NS-Verfolgte
Eva Szepesi wuchs in Budapest auf. Als Elfjährige floh sie vor den Nazis in die Slowakei, wurde entdeckt und mit einem der letzten Transporte nach Auschwitz deportiert. Szepesi überlebte. Erst 50 Jahre später konnte sie über das Erlebte sprechen, und ist seither aktive Zeitzeugin des Holocaust. In der hundersten Auflage des Erzählcafés des Bundesverbands Information & Beratung für NS-Verfolgte berichtet sie von ihrem Verfolgungsschicksal.
15 Uhr, Residenz am Dom

4. Kölner Fair Trade Night
Die vielfältigen Facetten der Welt des fairen Handels werden im FORUM VHS sowie im Foyer des Kulturquartiers am Neumarkt vorgestellt.
In lockerer Atmosphäre präsentieren Unternehmer*innen ihre breite Palette fairer Produkte. Vereine und Initiativen informieren über fairen Handel, konkrete Projekte und nachhaltige Lebensstile. Besucher*innen können die fairen Alternativen zu herkömmlichen Produkten an- und ausprobieren und direkt mit nach Hause nehmen.
Neben einer Podiumsdiskussion bietet sich außerdem die Möglichkeit in kleiner Runde mit Expert*innen ins direkte Gespräch zu kommen. Für eine faire kulinarische Auswahl und musikalische Begleitung ist gesorgt.
Gastgeber: Fair Trade Town Köln, 18 - 22 Uhr, Forum des VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstr. 29-33, Eintritt frei

Fr., 28. September
Lesung Volker Kutscher: „Lunapark“. Berlin im Frühjahr 1934: Zwei zu Tode geprügelte SA-Männer lassen die Geheime Staatspolizei ein politisches Verbrechen wittern. Kommissar Gereon Rath ermittelt im Auftrag der Kriminalpolizei jedoch in eine ganz andere Richtung und gerät sowohl mit den Braunhemden als auch mit der Berliner Unterwelt aneinander.
„Lunapark“ ist der sechste Teil von Kutschers Romanreihe um den Kölner Ermittler Gereon Rath im Berlin der 30er-Jahre. Im Anschluss an die Lesung diskutiert der Autor mit Doktor Werner Jung, dem Direktor des NS-Dokumentationszentrums.
Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus, Reservierungen: nsdok@stadt-koeln.de NS-Dokumentationszentrum, Treffpunkt: 19 Uhr, EL-DE-Haus, Preis: € 10,00, ermäßigt: € 5,00

Critical Mass. 300 Meter Radweg auf der Cäcilienstraße, 100 Meter autofreie Fahrradstraße auf der Zülpicher Straße. Mit der Verkehrswende hat es Köln nicht eilig. Dabei gibt es längst eine kritische Masse an Befürwortern. Sie schlängelt sich am heutigen letzten Freitag des Monats wieder durch die Stadt und feiert sogar ein Jubiläum: Es ist die hundertste Critical Mass Cologne.
17.30 Uhr, Rudolfplatz

„Wir weigern uns Feinde zu sein!“ - Wie die Eskalation von Gewalt verhindern?
Ökum. Friedenstagung - anlässlich „100 Jahre Ende des ersten Weltkrieges“ - mit (u.a.) Ralf Becker, Prof. Dr. Fernando Enns, Katrin Göring-Eckardt (MdB B90/Die Grünen), Dr. Matthias Leineweber, Stephan Maas (EKiB), Elisabeth Schieffer, Dr. Rainer Stuhlmann, in der Melanchthon-Akademie,
VA: Melanchthon-Akademie in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln, Domforum, Ev. Akademikerschaft in Deutschland, Kath. Bildungswerk Köln,

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Mittwoch, 10. Oktober, 19:30 h
Südafrika: Vom Abgrund der Apartheid in den Sumpf der Korruption?
Reiseeindrücke von Steffen Lehndorff
Salon & Galerie Freiraum, Gottesweg 116a, 50939 Köln
Südafrika - fast 25 Jahre liegt jetzt der Sieg über die Apartheid zurück. Angesichts dieser großen historischen Errungenschaft genießt der ANC nach wie vor großes Vertrauen. Doch die Verbitterung über ausufernde Korruption in Teilen der neuen Führungsschicht wächst. Und das wirtschaftlich stärkste Land Afrikas gehört zu den Ländern mit der krassesten Kluft zwischen arm und reich weltweit. Große Hoffnungen werden in den neuen Präsidenten Ramaphosa gesetzt. Aber unter linken Kritikern ist die Skepsis groß.
Steffen Lehndorff hatte die Gelegenheit, im Frühjahr 2018 auf einer gewerkschaftlichen Bildungsreise an Diskussionen mit AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Initiativen sowie mit Sozialwissenschaftlern teilzunehmen - vom Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft über die Sprecherin einer Initiative für illegale Stromversorgung in Soweto bis hin zu Denis Goldberg, einer der Ikonen des ANC. Er berichtet über seine Eindrücke.

Mittwoch, 7. November, 19:00
Novemberrevolution 1918: Republik, Demokratie, allgemeines Wahlrecht, Betriebsräte wurden vor 100 Jahren erkämpft. Sind die Errungenschaften von damals heute wieder in Gefahr?
FORUM der VHS im Rautenstrauch-Jost Museum am Neumarkt
Vortrag und Diskussion,
Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung
Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW
Michael Brie, Rosa-Luxemburg-Stiftung (vorläufige Liste)
Eine Veranstaltung des DGB-Köln, der VHS Köln, der RLS NRW und weiterer Veranstalterinnen. (in Planung).

Pax Christi Köln, 17-20.30 h und Sa, 29.09., 9-17.30 h www.melanchthon-akademie.de/programm/

Sa., 29. September
Erdogan kommt nach Köln. Achtet auf die aktuellen Termine in den Medien. Beteiligt Euch an den Protesten!

Do., 4. Oktober
Ruth Weiss. Bericht über eigene Aktivitäten u. ihren Widerstand gegen den Apartheidstaat, Lesung u. Diskussion. *Ort: Allerweltshaus, 19.30 Uhr*

Führung: Angezettelt – auch in Köln: Führungen durch die Sonderausstellung. Mit Hans-Peter Killguss. Die Ausstellung zeigt Klebezettel, Sammelbilder und Sticker aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Gegenwart. In der Führung werden insbesondere aktuelle Beispiele präsentiert, ergänzt durch lokale Bezüge und Einordnungen in ihren historischen Kontext.
Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute". NS-Dokumentationszentrum, Treffpunkt: EL-DE-Haus, Preis: € 4,50, ermäßigt: € 2,00

Sa., 6. Oktober
100 Jahre Novemberrevolution 1918. Konrad Adenauer und der Kölner Arbeiter- u. Soldatenrat, Vortrag: Werner Rügemer, VA: aktion./.arbeitsunrecht, Eintritt frei. *Ort: Alte Feuerwache, 19.30 Uhr.*

Konzert: Cat Ballou
Seit 1999 begeistern die vier Kölner mit poppigen Liedern ihre Fans. Mit „Et jitt kei Wood" erzielte die Gruppe ihren Durchbruch. Ihr aktueller Hit „Zosamme sin mir nit allein" zeigt zudem Werte auf, die in unserer heutigen Gesellschaft von immer größerer Bedeutung sind und auch für das NS-DOK eine Rolle spielen. Es darf sich also auf einen bunten Abend mit der kölschen Band gefreut werden, die zum Mitklatschen, Mitsingen und Mittanzen einlädt.
Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus. Reservierungen: nsdok@stadt-koeln.de. NS-Dokumentationszentrum, Treffpunkt: 18 Uhr, EL-DE-Haus, Preis: € 25,00, ermäßigt: € 15,00

Mo., 8. Oktober
Theater: „Lea – ich gehe zu mir" - Eine Hommage an die Dichterin und Schriftstellerin Lea Goldberg. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zeigt das jüdische Theater Michoels ein musikalisches Theaterstück.
Es ist eine Hommage an die Dichterin und Schriftstellerin Lea Goldberg, mit der ihr bedeutendes literarisches und intellektuelles Schaffen gewürdigt wird. Diese deutschsprachige Produktion nähert sich der Dichterin und Schriftstellerin, indem ihre Werke in einer Collage aus Musik, Liedern, Gedichten und Spielszenen mit ihren Lebensstationen verwoben und somit auf einer neuen Stufe versinnlicht und erfahrbar gemacht werden.
Eine Veranstaltung der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. und mit der Volkshochschule Köln und dem Verein zur Förderung der jüdischen Kultur e.V.
NS-Dokumentationszentrum | Treffpunkt: 19 Uhr, FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln | Preis: € 18,00 | ermäßigt: € 15,00

Di., 9. Oktober
Lesung Kemal Bozay: „Die haben gedacht, wir waren das". Welche Spuren hinterlassen Rassismus und rechte Gewalt in der migrantischen Community? Wie hat es sich auf die Opfer des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße ausgewirkt, dass sie selbst dieser Tat verdächtigt wurden? In den Publikationen zum NSU-Komplex haben die Sichtweisen der Betroffenen bisher wenig Raum bekommen. Opfer und ihre Angehörigen, Akteure aus Wissenschaft, Politik und antirassistischer Arbeit, Bekannte und Unbekannte, allesamt mit Migrationshintergrund, nehmen in diesem Buch Stellung. Gemeinsam mit Kemal Bozay lesen der Autor Orhan Mangitay und die Autorin Funda Özfirat.
Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus. Reservierungen: nsdok@stadt-koeln.de, NS-Dokumentationszentrum, Treffpunkt: 19 Uhr, EL-DE-Haus, Preis: € 10,00, ermäßigt: € 5,00

Mi., 10. Oktober
WiKu - Willkommenskultur Köln-Mülheim. Die Initiative will Geflüchtete im Stadtteil willkommen heißen, Info: wiku-koeln-muelheim.de, Eintritt frei. *Ort: Café Kubus, Berliner Str. 20, 18 Uhr*

Do., 11. Oktober
Yea, we can! Wie gelingt die Digitalisierung in Deutschland? Ranga Yogeshwar spricht mit Gesche Joost (Digitalbotschafterin), Achim Berg (Bitcom) u. Ekkehard Winter (Deutsche Telekom Stiftung), nur Vvk 8,-. *Ort: Zentralbibliothek, 19.30 Uhr*

EINE GEFANGENE FRAU - Filmstart in Köln. Der Film (A woman captured) handelt von Marisch, einer 52-jährigen Ungarin, die ein Jahrzehnt lang einer Familie diente - bei 20-Stunden-Arbeitstagen und ohne Arbeitslohn. Ihre Unterdrücker konfiszierten ihre Ausweispapiere und sie darf das Haus nur mit ausdrücklicher Erlaubnis verlassen. Im Rahmen der Filmvorführung findet auch eine Diskussion statt, an der der Geschäftsführer der DGB-Region Köln-Bonn, JÖRG MÄHRLE, teilnehmen wird.,
20.30 Odeon Kino

Fr., 12. Oktober
Frieden ist möglich - auch in Palästina. Ausstellung auf der Seite der Unterdrückten, Eröffnung, bis 24.10. *Ort: Lutherkirche Südstadt, 19.30 Uhr*

So., 14. Oktober
Der Kampf um die deutsche Schuld. Weizäcker-Rede (1985), „Historikerstreit" (1986) u. Jenninger-Sturz (1988), Tk 10,-. EL-DE Haus, NS-Dok. 11 Uhr

Do., 18. Oktober
„Der Mensch braucht mehr als nur Moral". Vortrag von Dr. Eugen Drewermann, Ak 11,-. Ort: Karl Rahner Akademie, Jabachstr. 4-8, 19 Uhr

Termin AKKKM

Am 29. Oktober 2018 trifft sich der AK Kunst, Kultur und Medien um 16:30 Uhr vor den Hauptportal des Kölner Doms.

Diesmal wird uns der Dombaumeister Peter Füssenich durch den Dom führen und auf viele kleine Besonderheiten hinweisen. Die Führung wird auch die Domumgebung hin bis zum Baptisterium umfassen. Wir freuen uns auf alle, die mitgehen möchten.

Bitte meldet euch bei HP Fischer oder bei mir unter 0221/221-27844 oder
gisela.stahlhofen@stadt-koeln.de
heinzpeter.fischer@stadt-koeln.de

TERMINE DER FRAKTION

Mo, 24. September, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Do, 4. Oktober, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Do, 4. Oktober, 18 Uhr
AK Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung

Mo, 8. Oktober, 17 Uhr
AK Frauen

Mo, 8. Oktober, 19.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion mit AK Jugend und Schule
Gemeinsame Sitzung zum Kinder- und Jugendgesundheitsbericht

Do, 11. Oktober, 19.30 Uhr
AK Jugend und Schule

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

… und kämpfen lohnt sich DOCH!

Deutliche Verbesserungen für die Rheinische Musikschule (RMS) Köln in Aussicht

„Da frag ich mich, wieso ich denn weniger wert bin“, lautet eine Zeile unseres Honorarkräftesongs – ein Lied aus dem Leben einer Honorarkraft der RMS. Der Text weist auf die Zwei-Klassen-Gesellschaft von Dozent*innen hin, wo wir freiberuflichen Mitarbeiter*innen deutlich schlechter gestellt sind als die festangestellten Kolleg*innen und von einem existenzsichernden Einkommen nur träumen können. Seit über einem Jahr kämpfen wir als Forum für Honorarkräfte (FfH) zusammen mit der Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsverträge bei der Stadt Köln und für eine bessere finanzielle Ausstattung unserer städtischen Musikschule – so auch am ersten Tag des neuen Schuljahres, als wir anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2019 am Alter Markt musikalisch auf unsere Situation aufmerksam gemacht haben.

Die unzähligen Stunden Arbeitskampf haben sich gelohnt: Der Personaletat der RMS soll für 2019 um das Stundenkontingent von 12 neuen TVöD-Stellen aufgestockt werden. Die dadurch frei werdenden Mittel im Sachmitteletat sollen zur Erhöhung der Honorare genutzt werden. Da die Zuschüsse für die RMS seit 1994 faktisch gleich geblieben waren – und das bei verdoppelter Schülerzahl – ist dies ein erster großer Schritt in die richtige Richtung und ein großer Erfolg unserer Initiative.

Dennoch bleiben wir dran, denn sowohl was die Zahl der neuen TVöD-Stellen als auch die künftige Honorarhöhe betrifft, bleibt der Vorschlag der Verwaltung hinter unseren Forderungen zurück. Darüber hinaus werden wir versuchen eine nachhaltige Honorar- und Personalentwicklung an der RMS zu erreichen. Mein Co-Sprecher des Forums Wolfgang Ruland und ich sind zuversichtlich, dass wir die Fraktionen im Stadtrat davon überzeugen können, sich noch ein Stück mehr auf unsere Forderungen zuzubewegen und entsprechende Veränderungsnachweise einzustellen. Schließlich ist musikalische Bildung für alle Menschen ein wichtiger Bestandteil von Teilhabe, wofür die Stadt Köln entsprechende Verantwortung übernehmen muss. Wer an Bildung spart, spart am falschen Ende. Das nehmen wir ebenso nicht länger hin, wie dass Finanzierungslücken an der RMS auf dem Rücken der Dozent*innen geschlossen werden.

Eva-Maria Zimmermann
(Sprecherin des Forum für Honorarkräfte der RMS Köln)

Eva-Maria Zimmermann